

Miszelle

LEONIDAS E. HILL

SIGNAL ZUR KONTERREVOLUTION?

Der Plan zum letzten Vorstoß der deutschen Hochseeflotte
am 30. Oktober 1918¹

In einer Fußnote seines Werkes „The German Naval Officer Corps“ schreibt Holger Herwig, ich sei davon überzeugt, „der letzte Angriff der Flotte sei auch deswegen geplant worden, um den Kanzler Prinz Max von Baden zu stürzen. Es spricht einiges für diese These. Ein verlorenes Seegefecht würde zweifellos eine politische Krise auslösen und die deutschen Waffenstillstandsverhandlungen in den Augen der Alliierten unglaublich machen; dies würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch zur Bildung einer neuen Regierung in Berlin führen. Ein Sieg auf See dagegen würde das Vertrauen der Nation in die Marine wiederherstellen, das ‚defätistische‘ Friedensprogramm des Kanzlers diskreditieren und ebenfalls einen Regierungswechsel in Berlin herbeiführen“.² Dies ist in der Tat meine Hauptthese, doch möchte ich mit diesem Aufsatz noch weitere Deutungen und Thesen anbieten: Ein Flottenvorstoß während der Waffenstillstandsverhandlungen hatte den ganzen Krieg hindurch in Diskussion gestanden und war für die meisten Offiziere ein Operationsziel, mit dem sie rechneten; die Bedeutung der Ehre, der „Zukunftsflotte“ für sie dagegen ist von vielen Forschern überbewertet worden; umgekehrt wurde dem Glauben der Offiziere, ein Sieg in einer letzten Schlacht sei durchaus möglich, zu wenig Beachtung geschenkt. Und schließlich: Die Marine hatte sich seit langem in die Politik gemischt, und auch der geplante Flottenvorstoß hatte einen eminent politischen Aspekt, der im Zusammenhang gesehen werden muß mit dem Gerede und den Gerüchten über eine Diktatur, mit der Bildung der neuen Regierung des Prinzen Max von Baden und den Waffenstillstandsverhandlungen, ferner mit den Verfassungsreformen vom Oktober sowie mit den Aktivitäten Hindenburgs und Ludendorffs, wozu ihr Befehl an die Truppe vom 24. Oktober und ihr Rücktrittsgesuch am 26. Oktober gehören.

Vor der Vertiefung dieser Überlegungen ist vielleicht ein knapper Überblick über

¹ Erstmals wurden diese Überlegungen auf einer Konferenz der Western Association for German Studies in Seattle, Washington, vorgetragen.

² Holger H. Herwig, *The German Naval Officer Corps. A Social and Political History 1890–1918*, Oxford 1973, S. 245, Anm. 4.

die Ereignisse angebracht. Die beste Untersuchung des geplanten Flottenvorstoßes bei Kriegsende ist – trotz der Studien von David Horn³ und Holger Herwig – nach wie vor Wilhelm Deists ausgezeichnete, mehr als zwanzig Jahre alter Aufsatz in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte⁴. Die Grundzüge der damaligen Abläufe sind bekannt: Nachdem Anfang Oktober 1918 die neue Regierung des Prinzen Max von Baden gebildet war und Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet worden waren, verfaßten einige führende Marineoffiziere, Kapitän Michaelis (Direktor des Allgemeinen Marindepartements im Reichsmarineamt) und Admiral von Trotha (Chef des Stabes des Kommandos der Hochseestreitkräfte) unabhängig voneinander und im Abstand von wenigen Tagen Denkschriften, in denen sie darauf drangen, die Hochseeflotte solle zu einer letzten Unternehmung auslaufen und die Schlacht suchen. Sie ahnten, daß eine der Waffenstillstandsbedingungen die Auslieferung der Flotte an die Briten sein würde⁵ und daß das Kabinett – um zu einem Waffenstillstand zu kommen – den unbeschränkten U-Boot-Krieg bald beenden würde. Die Flotte war zum Minenräumen und zur Deckung von U-Booten gebraucht worden, sie sollte jetzt aber von dieser Aufgabe freigestellt und so für eine Schlacht verfügbar werden. Trothas Denkschrift war eher rhetorisch-emotional gehalten, stellte die drohende Erniedrigung, den Verlust der Ehre heraus und beschwor die Gelegenheit zu einem glorreichen Toteskampf – so werde man ein stolzes Vermächtnis hinterlassen, auf dem eine künftige Flotte begründet werden könne. Michaelis war realistischer und zurückhaltender. Er legte dar, daß eine Seeschlacht ein großes Wagnis wäre, aber das Heer entlasten helfen und für Nation und Armee zu einem moralischen Stimulus werden könne. In späteren Dokumenten treten eher Diktion und Argumentation Trothas als diejenige Michaelis' hervor⁶; leider haben wir nur spärliche Zeugnisse darüber, was andere Offiziere sagten und dachten.

Am 10. Oktober begannen Trotha und drei andere Offiziere einen Operationsbefehl auszuarbeiten. Am 15. Oktober legte Scheer Richtlinien für eine künftige Flottenpolitik nieder, in denen es hieß, die Flotte müsse in die Schlacht geworfen werden, obgleich das den Lauf der Dinge nicht entscheidend ändern werde. Scheer billigte den Operationsplan für einen Vorstoß der Flotte, nachdem das Kabinett am 20. Oktober den unbeschränkten U-Boot-Krieg beendet hatte. Jetzt sagte Scheer zu Prinz Max, die Flotte habe nun ihre operative Freiheit wiedergewonnen, doch hielt er es nicht für „opportun“, die Folgerung daraus – nämlich daß sie in die Schlacht geschickt werden könnte⁷ – zu erläutern. Der Befehl an Admiral Hipper am

³ Daniel Horn, *The German Naval Mutinies of World War I*, New Brunswick, N.J., 1969.

⁴ Wilhelm Deist, *Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 341–S. 368.

⁵ Deist, *Rebellion*, S. 352; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 244.

⁶ Deist, *Rebellion*, S. 353; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 243.

⁷ Deist, *Rebellion*, S. 355; das SKL-Dokument vom 16. Oktober, Punkt 5, erwähnt die Wiedergewinnung operativer Freiheit; auf S. 357, ebenda, wird untersucht, was Scheer am 20. Oktober zu Kanzler Prinz Max von Baden sagte. Siehe auch Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 241, S. 243 ff., S. 248; Horn, *Naval Mutinies*, S. 206 f. Daß Scheer es nicht für „opportun“ hielt, Prinz Max die Implikatio-

22. Oktober erging mündlich, die Schiffe wurden für das Unternehmen zusammengezogen.

In der Zwischenzeit, am 17. Oktober, waren Hindenburg und Ludendorff zu dem Schluß gekommen, daß der von Wilson offensichtlich angestrebte Waffenstillstand der Armee keine Atempause erlauben würde, die Armee – wenn nötig – die Kämpfe fortsetzen könne und daß die Verhandlungen beendet werden sollten. Am 24. Oktober gaben sie ihren Befehl an die Streitkräfte heraus, in dem es hieß, die Waffenstillstandsverhandlungen würden abgebrochen und das Heer müsse den Kampf bis zum Äußersten fortsetzen. Am nächsten Tag fuhren beide nach Berlin und erbaten vom Kaiser am 26. Oktober ihren Abschied, der jedoch nur Ludendorff gewährt wurde. Die Vorbereitungen für den Flottenvorstoß wurden fortgesetzt, aber durch die Meuterei wurde er schließlich vereitelt. Im engeren Sinne löste die Meuterei die Novemberrevolution aus. In einem weiteren Sinne aber hatte die Revolution natürlich im September mit den Weichenstellungen auf die Parlamentarisierung hin begonnen, bzw. am 29. September, als Ludendorff die Bildung einer neuen Regierung und das Waffenstillstandsangebot initiierte. Den Versuch, den Flottenvorstoß durchzuführen, könnte man – wie im folgenden gezeigt wird – als den ersten Schritt zur Konterrevolution betrachten. Nach dieser knappen Skizze wollen wir nun die Argumentation des Aufsatzes im einzelnen entfalten.

Ein erster wichtiger Punkt ist die Tatsache, daß der Marine seit langem gesagt worden war, die Flotte würde für einen Einsatz bei Kriegsende geschont. Davon müssen die Befürworter und Planer des Flottenvorstoßes beeinflusst gewesen sein. Während des Krieges legte der Kaiser mehrmals sein Veto gegen einen Großeinsatz der Hochseeflotte ein, weil dieser zu einer größeren Seeschlacht und zu schweren Verlusten hätte führen können. Er wollte mit der „Risiko-Flotte“ kein Risiko eingehen und begründete das mit dem Argument, die Flotte müsse geschont werden, damit sie gegen Ende des Krieges ins Gefecht geführt werden könne, um ein etwaiges labiles Gleichgewicht zu Deutschlands Gunsten zu erschüttern – und zwar unmittelbar vor oder nach Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen⁸. Es kann nur wenige höhere Offiziere gegeben haben, die sich nicht an die solchermaßen begründete Weigerung eines Flotteneinsatzes erinnerten, und die Annahme, daß der Tag komme, an dem der Einsatz riskiert würde, muß weit verbreitet gewesen sein. Daß dieser Tag im Oktober 1918 offensichtlich herangekommen war, hilft erklären, weshalb Michaelis und Trotha ihre Denkschriften nahezu gleichzeitig verfaßten. Es ist jedoch merkwürdig, daß sie sich in ihren für einen Flottenvorstoß plädierenden Oktober-Memoranden nicht auf die Begründungen bezogen, mit denen in den zurückliegenden Jahren eine Schlacht hinausgeschoben worden war; eben diese

nen zu erläutern, wird in Weizsäckers Tagebucheintrag vom 28. Oktober 1918 erwähnt. Vgl. Leonidas E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1900–1932* (künftig: WP), Berlin 1982, S. 309.

⁸ Hauptquelle sind Weizsäckers Tagebucheinträge vom 19. September 1915, 1. Oktober 1915, 3. November 1915, 20. Dezember 1916, 14. April 1917, 31. Mai 1917; WP, S. 169 ff., S. 173 f., S. 223, S. 242, S. 246. Zum Befehl des Kaisers vom 31. Mai 1917 siehe Horn, *Naval Mutinies*, S. 211.

Gründe würden den Vorstoß nunmehr gerechtfertigt haben. Lediglich Herwig erwähnt immerhin die – im Oktober 1918 besondere Bedeutung erhaltende – frühere Argumentation gegen eine Schlacht⁹.

Ein zweiter Hauptpunkt sind die Begründungen für den Flottenvorstoß (Trotha führt sie selber an oder sie waren von seinem Denken beeinflusst), die in den relativ wenigen Schlüsseldokumenten aufscheinen. Deist meint, der wichtigste Grund dafür liege in dem Verlangen der Marineführung, die Ehre der Flotte zu retten und damit eine Kampagne zugunsten des Baus einer künftigen Flotte erleichtern zu helfen. Diese Beweggründe tauchen in dem von Trotha verfaßten Dokument vom 6. Oktober auf und werden in nachfolgenden Memoranden wiederholt. In allen neueren historischen Darstellungen wird angenommen, daß Trothas Rechtfertigungsgründe deshalb wiederholt wurden, weil die führenden Seeoffiziere in einer in etwa gemeinsamen Weltanschauung verbunden und von Trothas Darlegung überzeugt waren. Das hieße aber, diese Dokumente allzu wörtlich nehmen. Bestimmt betonten deren Verfasser den Gesichtspunkt der „Ehre“ und der „Zukunftsflotte“ zum Teil auch deshalb so stark, um von ihren näherliegenden Zielen abzulenken. Sie wollten wahrscheinlich die von ihnen erwartete ungünstige Auswirkung auf die Waffenstillstandsverhandlungen (die wichtigste Aufgabe der Regierung des Prinzen Max) und – was fast auf das gleiche herauskam – auf den Krieg nicht erwähnen. Sie hofften, eine große Seeschlacht werde eine Fortführung der Kampfhandlungen mit wiedererstarkten Kräften stimulieren, Kampfhandlungen, welche die Regierung zu beenden suchte. Diese Absichten konnten nur stillschweigend vorausgesetzt, unmöglich aber in den Memoranden zum Ausdruck gebracht werden. Das Risiko war zu groß. Dies muß den Offizieren ebenso deutlich bewußt gewesen sein wie der Gedanke, daß sie die ganze Operation vor der Regierung geheimhalten mußten, weil sie illegal war und Hochverrat gleichkam¹⁰. In den fraglichen Dokumenten ist daher das, was sie verhüllen, ebenso wichtig wie das, was sie enthüllen.

Tatsächlich enthüllen die Memoranden einiges über den Ehrbegriff der Offiziere, doch hinter ihnen steckt mehr; sie müssen stärker auf ihre wirkliche Bedeutung hin durchleuchtet werden. Insoweit als ihr Ehrbegriff sich von einem vollständig antiquierten Kodex ableitete und auch einen sinn- und nutzlosen Gang in den Tod einschloß, kann er gewiß anachronistisch genannt werden. Für viele Offiziere hatte „Ehre“ aber eine durchaus gegenwärtige Dimension, nämlich die der Beeinflussung der Waffenstillstandsverhandlungen, mit dem Gedanken der „Zukunftsflotte“ zum anderen auch eine in die Zukunft weisende Dimension. Beide waren gezielt politisch und daher alles andere als anachronistisch. In seinem Buch über die Meuterei in der Marine spricht David Horn von dem von einem feudalen Ehrenkodex bestimmten

⁹ Herwig nennt auf S. 177 ff. diese Argumente, sagt aber auf S. 241 f. bezüglich des Oktobers 1918 nur, daß die Marine eine solche Schlacht seit 1914 gefordert habe.

¹⁰ Horn verweist auf S. 209 auf die Illegalität des Plans, bezeichnet ihn auf S. 210 als Meuterei oder Rebellion, nennt ihn auf S. 212 offenen Aufstand und zitiert auf S. 314, Anm. 44, Dittmann, der ihn als Verrat bezeichnet.

Verlangen der Offiziere, in der Schlacht zu sterben. Wiederholt bezieht er sich dabei auf den Begriff der „Selbstmordflotte“¹¹, auf einen Ausdruck, der damals von Matrosen und später von Kritikern der Marine gebraucht wurde, nicht aber von den Offizieren selbst. Außer bei Trotha, der von einer „Todesfahrt“ spricht¹², und bei dem gleichgesinnten Levezow gibt es kaum Zeugnisse dafür, daß die Offiziere tatsächlich in der Schlacht fallen wollten. Deist legt die Quellen behutsamer und überzeugender aus als Horn, ist aber dem Zusammenhang zwischen Ehre, Kampf, Tod und den Zukunftsperspektiven nicht im einzelnen nachgegangen. Den ganzen Krieg hindurch hatten die Offiziere mit Verlusten im Kampf gerechnet, auch der Möglichkeit ins Auge gesehen, in einer Schlacht zu fallen, aber selbstmordversessen waren sie nicht. Aus Ehrgefühl und Verdruß über ihre Tatenlosigkeit im Krieg hießen sie selbst eine mit hohem Risiko behaftete Unternehmung willkommen, nicht aber den Tod. Es gibt überhaupt keinen Hinweis darauf, daß sie nicht durchaus einverstanden damit waren, eine Schlacht – siegreich oder nicht – zu überleben. Als sie ihre Pläne nicht durchführen konnten und durch Meuterei tief gedemüdiggt wurden, begingen sie keinen Selbstmord. Gewiß, bald darauf versenkte eine Rest-Crew die Flotte, ging aber vernünftigerweise nicht mit ihr unter.

Noch jüngst haben die Historiker die Bindung der wilhelminischen Marine- (und Armee-) Offiziere an einen „feudalen“ Ehrenkodex und den Eid auf den Kaiser überschätzt¹³; es ist tatsächlich nicht einfach, sich hier ein repräsentatives Bild von der Haltung der Offiziere zu verschaffen. Immerhin gibt es einige neue Belege. Ernst von Weizsäcker, dessen Familie bis 1916 kein Adelsprädikat hatte, besaß durchaus Ehrgefühl (auf dessen besonderen Gehalt hier nicht einzugehen ist), aber mit „Feudalismus“ hatte es überhaupt nichts zu tun, es hatte auch keinerlei fanatische Komponente. Anfang November, als die Abdankung des Kaisers zu einer brennenden Frage geworden war, schätzte Weizsäcker, daß 95 Prozent der Marineoffiziere sich durch ihren Eid nicht persönlich an den Kaiser gebunden fühlten. Als Scheer und Levezow so taten, als ob sie daran gebunden seien, verachtete Weizsäcker deren Pose und vermerkte in seinem Tagebuch, daß Scheer einige Wochen zuvor die Abdankung zeitweilig befürwortet hatte¹⁴. Es sieht ganz danach aus, als habe der Ehrenpunkt weniger mit der ablehnenden Haltung in bezug auf die

¹¹ Horn, *Naval Mutinies*, S. 206, S. 209, S. 214, S. 219.

¹² Deist zitiert auf S. 353 Trothas Memorandum, in dem von einem „Todeskampf“ die Rede ist, und sagt auf S. 355, nach Prüfung des SKL-Dokuments vom 16. Oktober, es sei kein Wunder, daß die Matrosen von einer „Todesfahrt“ sprachen.

¹³ Am 31. Oktober schätzte Weizsäcker, daß nur 5 Prozent der Offiziere sich dem Kaiser durch ihren Eid so verbunden fühlten, daß sie kämpfen würden, um seine Abdankung zu verhindern. Weizsäcker-Tagebuch, 31. Oktober 1918; WP, S. 312. Als das Problem des Eides am 9. November im Hauptquartier diskutiert wurde, sagte Groener: „Fahneneid und Kriegsheer sind nur eine Idee“. Otto Ernst Schüddekopf, *Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933*, Hannover 1955, S. 15; Kuno Graf von Westarp, *Das Ende der Monarchie am 9. November 1918*, hrsg. von Werner Conze, Berlin 1952, S. 59f.; Alfred Niemann, *Revolution von Oben – Umsturz von Unten*, Berlin 1928, S. 305; Harry Rudin, *Armistice 1918*, New Haven 1944, S. 363.

¹⁴ Weizsäcker-Tagebuch, 22. Oktober 1918; WP, S. 306.

Abdankung zu tun als vielmehr mit dem Wunsch der Offiziere, irgend etwas zu finden, worum sich eine Opposition gegenüber einer Regierung scharen ließ, die sich mit wachsender Dynamik in eine Richtung bewegte, die für die Offiziere nicht akzeptabel war.

Ein dritter Punkt: Man darf den militärischen Wert des Unternehmens und die in ihm steckenden Möglichkeiten nicht außer acht lassen. In seiner Denkschrift vom Oktober argumentierte Michaelis, daß der Vorstoß das Heer entlasten, Armee und Nation vielleicht zu neuerlichen und größeren Anstrengungen anspornen würde. Deist nimmt an, daß Michaelis' Argumente nicht solches Gewicht hatten wie die Trothas, weil in erster Linie die Überlegungen des letzteren – im Gegensatz zu denen von Michaelis – in den späteren Dokumenten wiederholt werden. Deist geht aber nicht auf die militärischen Möglichkeiten ein, die die Flotte in einer Schlacht gehabt hätte.

1. Die meisten Autoren behaupten, daß der Flottenvorstoß überhaupt keine Erfolgsaussichten hatte, weil die alliierte Flotte, die Briten und die Amerikaner, in der Nordsee Ende 1918 eine erdrückende Überlegenheit gehabt habe¹⁵. Dabei wird die Tatsache übersehen, daß deren Schiffe nicht alle an einem Ort zusammengezogen waren und es unwahrscheinlich war, daß der deutsche Vorstoß auf die gesamte alliierte Flotte treffen würde. Es war nicht einmal sicher, daß die deutsche Flotte überhaupt irgendeinen größeren alliierten Verband in eine Schlacht verwickeln würde.

2. Die Planer des Unternehmens hatten den aus dem unbeschränkten U-Boot-Krieg zurückgerufenen U-Booten eine wichtige Rolle zugeordnet. Sie waren nun dafür vorgesehen, britische Schiffe auf ihrer Fahrt zur Schlacht mit der deutschen Flotte zu überfallen. Scheer und seine Umgebung glaubten offenbar, mit dieser recht ungewöhnlichen Einsatzweise die numerische Unterlegenheit bei Überwassereinheiten kompensieren zu können¹⁶. Kritiker haben das bezweifelt¹⁷, doch sollten die Überlegungen erwähnt werden, die immerhin zeigen können, weshalb die Marine einige Hoffnung auf Erfolg, man kann auch sagen: Illusionen, hatte.

3. Scheer war des weiteren der Ansicht, daß möglicherweise sogar noch nach einer Seeschlacht genügend Großkampfschiffe verfügbar seien, die zum Minenräumen eingesetzt werden oder die U-Boote decken könnten, wenn der unbeschränkte U-Boot-Krieg wieder aufgenommen würde¹⁸. Genau dies strebte er ohne Frage an,

¹⁵ Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 249; Hans Kutscher, *Admiralsrebellion oder Matrosenrevolte? Der Flotteneinsatz in den letzten Tagen des Weltkrieges*, Stuttgart 1933, S. 94–S. 104 („Die Siegesaussichten des Unternehmens“); *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Bd. 3: November 1917 bis November 1918. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold, Berlin 1969, S. 502.

¹⁶ Horn, *Naval Mutinies*, S. 214 und S. 312, Anm. 20, zitiert einen Brief von Michaelis vom 20. März 1926, in dem dieser behauptet, die U-Boote hätten der deutschen Flotte einen entscheidenden Vorteil gegenüber dem Feind verschafft.

¹⁷ Horn, *Naval Mutinies*, S. 214; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 248 f.

¹⁸ Weizsäcker-Tagebuch, 22. Oktober 1918; WP, S. 306; Deist, *Rebellion*, S. 353, weist diese Einstellung schon in Michaelis' Memorandum vom 5. Oktober nach, und bringt auf S. 358 eine vergleich-

war er doch von Anfang an ein Gegner der Beendigung gewesen. Das könnte in der Tat eines seiner Motive für den Flottenvorstoß gewesen sein, einer der Gründe auch, weshalb er die Regierung des Prinzen Max von Baden stürzen sehen wollte. Prinz Max hatte gesagt, eine Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges sei unwahrscheinlich, selbst wenn Wilson die Verhandlungen abbrechen sollte¹⁹. Scheer faßte durchaus kein Selbstmordunternehmen ins Auge, bei dem sämtliche Schiffe verlorengehen würden. Zweifellos rechnete er damit, daß einige versenkt, andere beschädigt würden, daß der Rest aber voll seetüchtig und, für den U-Boot-Geleitschutz einsatzfähig, zurückkehren würde.

4. Wir bräuchten mehr zuverlässige Zeugnisse dafür, wie deutsche Marineoffiziere die Durchführung des Unternehmens beurteilten, doch tauchen in den einschlägigen Geschichtswerken leider keine auf. Ernst von Weizsäcker nun tut in seinen Bemerkungen zum Vorstoß der Flotte zwar weder dem Gesichtspunkt der „Ehre“ noch der „Zukunftflotte“ Erwähnung, liefert dafür aber eine prägnante Einschätzung der Erfolgchancen des Unternehmens. Am 28. Oktober trug er in sein Tagebuch ein: „Schon am 27. 10. mit Gagern und am 28. 10. mit Meyer verrete ich den Standpunkt, daß eine für die Flotte in Aussicht genommene Operation in die Hoofden der Reichsleitung vorher bekannt gegeben werden müsse, unter der Erklärung, daß diese Operation zu 50% Wahrscheinlichkeit zu keinem Ergebnis, zu 40% zu einem glücklichen Erfolg und zu 10% zu einem Desaster führen könne.“²⁰ Weizsäcker unterstützte die Operation ausdrücklich, vermutlich aber wegen ihres potentiellen politischen Wertes, wegen der Auswirkungen, die sie auf die Waffenstillstandsbedingungen haben konnte. Höchst bemerkenswert ist natürlich, daß von Weizsäcker mit Gagern und Meyer dafür eintrat, daß die Regierung im voraus informiert werden sollte, und daß er die militärischen Möglichkeiten des Vorstoßes präzise abschätzte. Sein Standpunkt wurde der Seekriegsleitung ziemlich sicher mitgeteilt, jedoch nicht im Kriegstagebuch festgehalten – war diese Stellungnahme doch ein Zeugnis der Art, wie die Seekriegsleitung es im Kriegstagebuch nicht zu sehen wünschte. Im selben Tagebucheintrag meinte Weizsäcker, die Regierung über den Flottenvorstoß in Unkenntnis zu lassen, hieße einen Fehler wiederholen, den die Marine vier Jahre hindurch begangen habe. Er war zudem davon überzeugt, daß Scheer die Zustimmung des Prinzen Max hätte gewinnen können; das hat viel für sich, schreibt Prinz Max in seinen Memoiren doch, daß er den Plan wohl unterstützt hätte, wenn er ihn gekannt hätte²¹.

Es ist bezeichnend, daß Weizsäcker, ein Mann, der nur Spott und Verachtung für den Gedanken gehabt hätte, eine Seeschlacht allein um der Rettung der Ehre des

bare Äußerung Scheers gegenüber Ludendorff vom 22. Oktober; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 244.

¹⁹ Deist, *Rebellion*, S. 359 f.

²⁰ Weizsäcker-Tagebuch, 28. Oktober 1918; WP, S. 309 f.

²¹ Prinz Max von Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, hrsg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt, Stuttgart 1968, S. 543. Prinz Max glaubte, daß ein letztes Gefecht der Flotte Volk und Armee zu heroischer Anstrengung hätte anstacheln können.

Marineoffizierkorps' willen zu veranstalten, ein Mann, der niemals ein Selbstmordunternehmen gebilligt haben würde, dem die Idee der „Zukunftsflotte“ keine ausreichende Rechtfertigung eines solchen Vorstoßes gewesen wäre und der in seinem Tagebuch und seinen Briefen kaum eine dieser Begründungen für das Unternehmen erwähnt, daß dieser Mann also den Flottenvorstoß unterstützte und glaubte, daß Prinz Max das auch getan hätte. Weizsäcker wie der Kanzler Prinz Max von Baden müssen den Sinn des Unternehmens ganz anders interpretiert haben als die Historiker noch in jüngster Zeit. Beide müssen es auch ganz anders verstanden haben als Scheer, Trotha und Levetzow. Anscheinend glaubten Weizsäcker im Oktober und Prinz Max später, eine Demonstration der Stärke in einem Seegefecht hätte den Waffenstillstandsverhandlungen förderlich sein können und den Fortbestand der Regierung nicht unbedingt gefährden müssen. Scheer, Trotha und Levetzow waren – jeder auf seine Weise und in unterschiedlicher Intensität – bis zu einem gewissen Grad von ihren schönrednerischen Einlassungen über „Ehre“ und „Zukunftsflotte“ wohl auch überzeugt, doch verbarg diese Rhetorik ihre anderen Absichten, die keinem Dokument anvertraut werden konnten. Diese Absichten waren es, die sie zu der Vermutung führten, der Kanzler würde ihren Plan möglicherweise nicht billigen: Sie liefen darauf hinaus, die Waffenstillstandsverhandlungen zu beenden und die Regierung zu stürzen, damit der Krieg, einschließlich des unbeschränkten U-Boot-Krieges, fortgesetzt werden konnte. Kein Wunder also, daß Scheer es nicht für „opportun“ hielt, den Prinzen Max über den Flottenvorstoß zu informieren.

Damit kehren wir, vierter Punkt, zu den politischen Aspekten des Unternehmens zurück. Die führenden Köpfe der Marineleitung, allen voran Tirpitz, hatten sich – beginnend schon vor der Jahrhundertwende – immer stark in die Politik eingemischt²². Bis zu seinem Sturz im März 1916 hatte Tirpitz für den unbeschränkten U-Boot-Krieg agitiert und eng mit der konservativen Opposition bei deren Bestreben zusammengearbeitet, Bethmann-Hollweg als Kanzler zu entfernen²³. Trotha und Levetzow hatten Tirpitz' Kampf für den unbeschränkten U-Boot-Krieg fortgesetzt. Er wurde auch von Scheer, der sich etwas weniger augenfällig in die Politik mischte, unterstützt²⁴. Gegen Ende des Krieges war die neue Seekriegsleitung unter Scheer, Trotha und Levetzow geradezu besessen von Widerstand und Widerstreben gegen die neue Regierung und erwog Ende Oktober/Anfang November sogar Schritte – von Ernst von Weizsäcker in seinen Tagebüchern und Briefen lebendig beschrieben und kommentiert –, die Position der Regierung zu untergraben und

²² Jonathan Steinberg, *Yesterday's Deterrent: Tirpitz and the Birth of the German Battle Fleet*, New York 1965; Volker Berghahn, *Der Tirpitz-Plan: Genesis und Verfall der innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971.

²³ Ernest R. May, *The World War and American Isolation, 1914–1917*, Cambridge, Mass. 1959; Karl E. Birnbaum, *Peace Moves and U-boat Warfare: A Study of Imperial Germany's Policy Toward the United States, April 18, 1916–January 9, 1917*, Stockholm 1958.

²⁴ Siehe hierzu hauptsächlich Birnbaum, *Peace Moves*; Herwig, *Naval Officer Corps*, S. 186 ff.; Deist, *Rebellion*, S. 343.

eine Art Fronde gegen sie zu bilden²⁵. Es gibt also gewichtige Kontinuitäten in dieser politischen Aktivität.

Diese Machenschaften sind in größerem Zusammenhang zu sehen. In den letzten Monaten des Krieges erörterten viele Militärs die Möglichkeit einer Militärdiktatur²⁶. Diese Diskussion intensivierte sich nun, fraglos wegen der sich verschlechternden militärischen Lage Deutschlands, wegen der Schwäche der Regierung unter dem alten und sehr kranken Kanzler Hertling, zweifellos auch wegen der immer drängender werdenden, auf eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Geschicke Deutschlands abzielenden Bestrebungen²⁷, auch deshalb, weil das Führungstandem Hindenburg und Ludendorff mittlerweile praktisch außer Gefecht gesetzt schien. Alle, die mit den Interna der OHL vertraut waren, wußten, daß Ludendorff im Juli eine Art Zusammenbruch erlitten hatte und danach eine Zeit lang beinahe apathisch gewesen war, die Dinge jedenfalls weniger im Griff hatte als vorher. Wirklich hatte Ludendorff am 17. Juli, zu einem viel früheren Zeitpunkt als jenem, der gewöhnlich als Datum seiner Anerkennung der verheerenden Lage Deutschlands gilt, gesagt: „Das ist der Zusammenbruch.“²⁸ Im September machten sich zunehmend Anzeichen seiner Nervosität bemerkbar: Seine Hände zitterten, unaufhörlich telephonierte er bei allen Abschnitten der Westfront herum, griff unmittelbar in Operationen ein und wechselte am laufenden Band Stabschefs einzelner Armeen aus²⁹. Seine Vorstellungen davon, wie Deutschland aus seiner Zwangslage errettet werden könnte, waren erschöpft. Aus all diesen Gründen war sein Ansehen in den Reihen der jüngeren Offiziere des Generalstabs stark gesunken³⁰; unter den älteren Offizieren war es Oberst Bauer, der versuchte, Ludendorffs Abberufung zu erreichen³¹. Allen, die den Gedanken einer Diktatur ventilierten, war völlig klar, daß, selbst wenn er gewollt hätte, der Diktator nicht Ludendorff heißen könne; der wollte aber auch nicht. Damals wußte jeder, daß es Ludendorff gefiel, seine Macht auszuüben, ohne

²⁵ Siehe weiter unten sowie die Anm. 59–61.

²⁶ Siehe Max von Gallwitz, *Erleben im Westen 1916–1918*, Berlin 1932, S. 436, S. 440, S. 443; Friedrich von Berg, *Friedrich von Berg als Chef des geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß*, hrsg. von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1971, S. 179 und Anm. 27; Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, Düsseldorf 1962, S. 411, Dok. 101, Anm. 49; Wilhelm Deist (Hrsg.), *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*, Düsseldorf 1970, Bd. I, S. LXIV–S. LXVI, Bd. III, S. 1292.

²⁷ Siehe Udo Bernbach, *Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung*, Köln 1967, S. 219 ff.; Heinrich Potthoff, *Der Parlamentarisierungserlaß vom 30. September 1918*, in: *VfZ* 20 (1972), S. 319–332.

²⁸ Weizsäcker-Tagebuch, 17. September 1918; WP, S. 285 f.

²⁹ Ebenda, 24. August 1918; WP, S. 276.

³⁰ In Weizäckers Tagebüchern und Briefen von August bis Oktober 1918 finden sich für beinahe jeden Tag Notizen zu diesem Thema. Als Überblick siehe Martin Kitchen, *The Silent Dictatorship. The Politics of the German High Command under Hindenburg and Ludendorff, 1916–1918*, London 1976, S. 250 ff.

³¹ Kitchen, *Dictatorship*, S. 253 und S. 260. Seine Zitate bestätigen die These nicht, doch benutzte er als Quelle offenbar Haefkens Memoiren in dessen Nachlaß.

zugleich die volle Verantwortung des proklamierten Diktators tragen zu müssen. Jetzt war die Lage aber eine andere. Jetzt mußte jemand gefunden werden, der bereit war, ein wirklicher Diktator zu sein. Sich auf einen Diktator zu einigen, war sogar noch schwieriger als einen geeigneten Ersatz für Ludendorff zu finden. Loßberg, Seeckt und Schulenburg wurden als mögliche Nachfolger genannt³², nicht jedoch in unmittelbarem Zusammenhang mit den Erwägungen über eine Militärdiktatur. Am 29. September gestand Ludendorff gegenüber Hintze selbst die Schwierigkeit ein, eine Militärdiktatur in einer Zeit der Niederlagen zu errichten. Immerhin wußte er aber ganz gut, wie man die Verantwortung für die Niederlage am geschicktesten an eine erweiterte Zivilregierung weitergab³³.

Am 28. September drängte Oberst Bauer Admiral Scheer, die Errichtung einer Art von Militärdiktatur zu betreiben³⁴. Wir kennen Scheers Antwort nicht, doch lohnt es sich, darüber zu spekulieren, ob er nicht zunehmend auf eine solche Lösung zählte und sich nicht vielleicht sogar selbst als diejenige Führungsfigur in Aussicht genommen hatte, die die Macht übernehmen würde. In der letzten Kriegsphase war es ziemlich unwahrscheinlich, daß noch Waffentaten der Armee einen General an die Macht bringen würden, aber Scheer wird darüber nachgesonnen haben, welchen Effekt ein großer Seesieg hinsichtlich seiner Position in Deutschland haben mußte. Mindestens zum zweiten Male als Held dürfte er sich gesehen haben. Erwägungen solcher Art spielten bei seiner Befürwortung eines letzten Flottenvorstoßes wahrscheinlich eine Rolle.

Mittlerweile hatte Prinz Max von Baden eine neue Regierung gebildet und sich um einen Waffenstillstand bemüht³⁵. Ludendorff hoffte, daß die neue, auf breiterer Grundlage gebildete Regierung die Verantwortung für die Verhandlungen samt deren Konsequenzen übernehmen und so den Druck von der Heeresleitung nehmen würde. Nach seinem Kalkül würde diese Regierung mit ihren stärker demokratisch-parlamentarischen Zügen vermutlich die Sympathien der Entente gewinnen und rasch vorteilhafte Waffenstillstandsbedingungen erreichen können, die es Deutschland dann ermöglichen würden, einigermaßen zu Atem zu kommen, danach die Waffen wieder zu ergreifen und so die Niederlage zu verhindern. Auf diese Weise, dachte Ludendorff, könne die Situation noch immer gerettet werden³⁶ – objektiv

³² Weizsäcker-Tagebuch, 18. Oktober 1918; WP, S. 304.

³³ Siehe Bernhard Schwertfeger, Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918, Berlin 1927, S. 260 ff.; Das Weltkriegsende. Gedanken über die deutsche Kriegsführung, Potsdam 1940, S. 177; Rudin, Armistice 1918, S. 50–S. 53; Kitchen, Dictatorship, S. 255–S. 257.

³⁴ Weizsäcker-Tagebuch, 28. September 1918; WP, S. 289.

³⁵ Vgl. Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918 (1924), S. 74; Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer (Hrsg.), Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 378, Dok. 400; oder Gerhard A. Ritter und Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Hamburg 1975, S. 28; Schwertfeger, Verantwortlichkeiten, S. 316; Rudin, Armistice 1918, S. 80.

³⁶ Deist, Rebellion, S. 350. Als Scheer Ludendorff am 6. Oktober fragte, zu welchen Zugeständnissen er bereit sei, um einen Waffenstillstand zu erreichen, beantwortete der Admiral seine eigene Frage mit den Worten, es kämen nur solche Bedingungen in Betracht, die es erlaubten, gegebenenfalls mit

betrachtet war das freilich unmöglich. Tatsächlich waren unter den Militärs nur wenige wirklich davon überzeugt, daß Deutschland am Rande der Niederlage stand und nichts mehr zu retten war. Ein Beobachter in der OHL, von Weizsäcker, zeigte sich Ende September erschüttert über die Macht des alten preußischen Geistes dort. Die meisten Offiziere ahnten nicht, was ihnen bevorstand. Einem Ludendorff war es durchaus noch nicht klar, daß die Regierung, der Kanzler und das Auswärtige Amt also, die Außenpolitik machen würde und er sich nicht einzumischen hatte³⁷.

Nach dem Notenwechsel mit Wilson, besonders nach Erhalt von Wilsons dritter Note³⁸, erkannte Ludendorff, daß das Waffenstillstandsangebot ihn seinen Zielen nicht näher brachte. Wilson durchschaute Ludendorffs Absichten, strebte offensichtlich einen Waffenstillstand an, der die Armee kampfunfähig machte, und keinen, der ihr Zeit für eine Erholung ließ. Ludendorff hoffte deshalb, Wilson oder die deutsche Regierung würde die Verhandlungen abbrechen³⁹. Jetzt sagte Ludendorff plötzlich, Deutschlands Lage sei besser, als er Ende September geglaubt habe, insbesondere verfüge man über mehr Menschenmaterial, weil der Kriegsminister auf wunderbare Weise 600 000 Mann entdeckt habe, die bei früheren Einschätzungen nicht berücksichtigt worden seien, Deutschland folglich den Krieg in das Jahr 1919 hinein fortsetzen könne⁴⁰. Scheer neigte angesichts der Fakten, die ihm von Weizsäcker aus der OHL gemeldet wurden, ebenfalls zum Optimismus, obgleich letzterer Heye mit der unmißverständlichen Lagebeurteilung zitierte, daß keiner derjenigen Faktoren, auf die sie ihr Urteil Ende September gegründet hatten, sich gewandelt habe; andere Faktoren hätten die Dinge noch schlimmer gemacht⁴¹. Weizäckers Tagebücher und Briefe machen deutlich, daß er unabhängig davon zu einer ganz ähnlichen Schlußfolgerung gekommen war. Freilich gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß Weizsäcker Scheer ein klares Gefühl für die Ansichten der jüngeren Offiziere in der OHL vermittelt hätte. Übereinstimmend waren diese der Auffassung, daß Ludendorff mittlerweile keine umfassende und maßgebliche Vorstellung mehr von dem habe, was vorging, seine Fähigkeiten schwänden, daß er schwankend und unentschlossen sei, dazu die Regierung irreführt habe und sie noch immer über die tatsächliche militärische Lage täusche. Scheer beharrte – das wird im Kriegstagebuch deutlich – darauf, daß er sich auf Ludendorff verlassen müsse, und teilte lieber dessen frisch

einiger Aussicht auf Erfolg wieder zu den Waffen zu greifen. Ludendorff stimmte dem zu. Dies berichtet Weizsäcker über das Treffen; so wurde es auch in das Kriegstagebuch aufgenommen. Vgl. Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß Levetzow 239/111.

³⁷ Weizsäcker-Tagebuch, 28. September 1918, 22. Oktober 1918; WP, S. 287 und S. 306.

³⁸ Vgl. Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971, S. 144 ff.

³⁹ Siehe Prinz Max von Baden, *Erinnerungen, passim* und Matthias/Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max*, S. 284–S. 288, Dok. 75.

⁴⁰ Ebenda, S. 238 ff.

⁴¹ Deist, *Rebellion*, S. 354; Weizsäcker-Tagebuch, 12. Oktober 1918; WP, S. 298. Weizäckers Telegramm, das Aufschluß über seine Unterredung mit Heye gibt, findet sich in Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß Levetzow 239/112, SKL Tagebuch, 19. Oktober 1918, S. 118 f.

gewonnenen Optimismus, anstatt Heyes pessimistische Einschätzung, die Weizsäcker ihm übermittelt hatte, zu akzeptieren.

Bis zum 19. Oktober versuchte Scheer das Kabinett sogar dazu zu überreden, den unbeschränkten U-Boot-Krieg nicht einzustellen. Dabei hoffte die Regierung, gerade mit dieser Maßnahme Präsident Wilson versöhnlich zu stimmen. Scheer erkannte an, daß diese Entscheidung praktisch unausweichlich war⁴², zumal da ihm bereits klar war, daß sie eine notwendige Voraussetzung des Flottenvorstoßes war. Während der zurückliegenden Jahre hatte der Kaiser – wie schon gesagt – wiederholt darauf bestanden, die Flotte für genau den Augenblick zu schonen, der nun herangekommen war, für einen Zeitpunkt, zu dem Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet sein würden und eine letzte siegreiche Schlacht zu einer Verbesserung der deutschen Position führen würde. Alle diese aktivistischen Marineoffiziere, also jene Offiziere, die wie Scheer, Levetzow, Trotha und Weizsäcker die Schlacht wollten, waren in der einen oder anderen Weise an der Skagerrakschlacht und an einer ganzen Reihe nachfolgender kleinerer Operationen beteiligt gewesen, sie benahmen sich nicht einfach wie Narren, wollten keineswegs ihre Todessehnsucht zum Ausdruck bringen, noch folgten sie in ihrem Handeln einem „feudalen“ Ehrenkodex. Sie kalkulierten, falls es zur Schlacht käme, mit einer Siegeschance der deutschen Flotte. Sie waren, mit Ausnahme Weizsäckers, ebenso zuversichtlich wie Ludendorff, einer Niederlage entkommen zu können. Sie hofften, daß ein Sieg der Flotte große moralische Wirkung zeitigen, die Nation anstacheln, es vielleicht sogar ermöglichen würde, sich die Entente so nachhaltig vom Leibe zu halten, daß bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erreicht werden könnten. Ludendorff erhoffte sich von seinem Befehl an die Truppe vom 24. Oktober⁴³ die gleiche Wirkung.

Deist meint in seinem Aufsatz zwar, daß Ludendorffs Befehl und der Flottenvorstoß beide als genuin politische Aktionen verstanden werden müßten⁴⁴, doch geht er auf diese politische Dimension nicht weiter ein. Weizsäcker war empört über die Proklamation an die Streitkräfte, die er als neuerliche Einmischung des Militärs in die Politik ansah, als einen Versuch, die Verhandlungen des Prinzen Max über einen Waffenstillstand zu untergraben. Der Befehl bestätigte in seinen Augen Wilsons Anspielungen auf eine „Nebenregierung“, eine militärische Schattenregierung, die hinter einem im Vordergrund figurierenden Prinzen Max die Fäden zog⁴⁵. Es ist mehrfach behauptet worden, daß Ludendorff den Befehl an die Truppe gewissermaßen unachtsam erlassen habe, ohne sich dabei darüber im Klaren zu sein, daß die

⁴² Deist, *Rebellion*, S. 351, S. 356 f.; das Kriegstagebuch der SKL besagt, daß die Marine wahrscheinlich gegen Ende September den unbeschränkten U-Boot-Krieg werde aufgeben müssen. Vor allem galt es, dafür einen angemessenen Ausgleich zu finden.

⁴³ Matthias/Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max*, S. 325 ff.; Siegfried A. Kaehler, *Vier Quellenkritische Untersuchungen zum Kriegsende 1918*, in: *Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1961, S. 269.

⁴⁴ Deist, *Rebellion*, S. 359.

⁴⁵ Weizsäcker-Tagebuch, 24. Oktober 1918; WP, S. 307.

Regierung dem ablehnend gegenüberstehen würde⁴⁶. Diese Deutung überzeugt nicht, denn dieser Befehl ähnelt zu sehr jenem, den Ludendorff mit der offenkundigen Absicht erließ, Bethmann-Hollwegs Friedensangebot vom Dezember 1916 zu unterminieren⁴⁷. Wahrscheinlich – zu beweisen ist es nicht – wollte er die Waffenstillstandsverhandlungen im Oktober 1918 ebenfalls untergraben. Dieser Armeebefehl vom 24. Oktober liegt auf der gleichen Linie wie Ludendorffs Bestreben, die Regierung davon zu überzeugen, daß Deutschlands Lage nicht hoffnungslos sei und der Krieg noch immer mit Erfolg fortgeführt werden könne. Er paßt auch zu seiner Hoffnung, Wilson werde auf die deutschen Noten mit einer „Ohrfeige“⁴⁸ antworten, so daß die deutsche Regierung dann keine andere Wahl hätte als den Krieg fortzusetzen.

In dieser Situation nahmen Hindenburg und Ludendorff wieder einmal Zuflucht zu einem Rücktrittsgesuch, ihrer ältesten und erfolgreichsten Methode, sich gegen die Regierung durchzusetzen. Gegen den Willen des Kanzlers reisten sie am 25. Oktober von Spa nach Berlin⁴⁹, wo sie für ihre Sache persönlich den nötigen Druck machen konnten, und boten den Rücktritt an. Am späten Abend des 25. Oktober diskutierten sie ausgiebig mit Payer, wobei Ludendorff bemerkte, die Ehre der Nation erfordere den Abbruch der Verhandlungen mit Wilson und einen Kampf bis zum Ende⁵⁰. Darüber, ob er dieses Argument Scheer verdankte, der ihm am 22. Oktober gesagt hatte, die Marine ziehe es vor, die Flotte ehrenvoll in die Schlacht zu schicken, statt sie unehrenhaft den Briten auszuliefern, läßt sich nur mutmaßen. Nach der Unterredung mit Payer setzte Haeflten Ludendorff davon in Kenntnis, daß der Kanzler wegen des Armeebefehls und der gegen seinen Willen unternommenen Reise nach Berlin seinen Rücktritt verlange⁵¹. Inzwischen war eine Audienz beim Kaiser arrangiert worden, und Ludendorff entschloß sich nun, den Kaiser vor die Wahl zwischen der 3. OHL und dem Prinzen Max zu stellen. Als Ludendorff am Abend des 26. Oktober mit Hindenburg zur kaiserlichen Audienz ging, meinte er das Einverständnis des Feldmarschalls zu haben, gemeinsam mit ihm zurückzutreten. Gewiß hat er auch erwartet, der Kaiser würde – wie er es zuvor immer getan hatte – wiederum eher kapitulieren als einen solchen Verlust hinzunehmen. Angesichts der neuen Lage stellte Ludendorff aber eine Belastung dar, der Kaiser nahm seinen Rücktritt an und überredete Hindenburg geschickt dazu, auf

⁴⁶ So bei Kitchen, Dictatorship, S. 262 f. Die größte Schuld wurde Major Kröger von der Informationsabteilung der OHL gegeben.

⁴⁷ Siehe Birnbaum, Peace Moves, S. 248 f.; Georg Gothein, Warum verloren wir den Krieg?, Stuttgart und Berlin 1920, S. 154.

⁴⁸ Deist, Rebellion, S. 358; Brief Weizsäckers an seinen Vater vom 22. Oktober 1918, Tagebucheintrag gleichen Datums; WP, S. 305 f.

⁴⁹ Prinz Max hatte die beiden Generäle angewiesen, in Spa zu bleiben; als er hörte, daß sie auf dem Weg nach Berlin seien, schrieb er an den Kaiser, er müsse sich zwischen seinem Kanzler und Ludendorff entscheiden, solle aber alles tun, um Hindenburg zu halten. Matthias/Morsey (Hrsg.), Die Regierung des Prinzen Max, S. 359 f., Dok. 94; Kitchen, Dictatorship, S. 263.

⁵⁰ Vgl. Niemann, Revolution von oben, S. 181 und S. 411 f.; Deist (Hrsg.), Militär und Innenpolitik, Bd. II, S. 1339 f., Dok. 495.

⁵¹ Vgl. Deist (Hrsg.), Militär und Innenpolitik, Bd. II, S. 1342 f.; Kitchen, Dictatorship, S. 263 f.

seinem Posten zu verbleiben⁵². Für den Fall, daß er sich durchsetzen würde, hat Ludendorff gewiß mit dem Rücktritt des Prinzen Max, der Bildung einer neuen Regierung, der Rücknahme des Waffenstillstandsangebotes und mit einem Kampf bis zum Äußersten gerechnet⁵³. Das waren nun exakt die Auswirkungen, die man auch von einem letzten Vorstoß der Flotte erwarten konnte.

Kein Wunder also, daß Ludendorff am 22. Oktober die Ankündigung Scheers, er plane einen letzten Vorstoß der Flotte, sehr begrüßte. Scheer sprach von der operativen Freiheit, die die Flotte nun, nach der Einstellung des unbeschränkten U-Boot-Krieges, habe, verurteilte die Auslieferung der Flotte an die Briten als Punkt der Waffenstillstandsbedingungen und behauptete, eine siegreiche letzte Schlacht könne die Nation mit neuem Leben erfüllen und dazu bestimmen, mit wiedergewonnenem Ungestüm zu kämpfen und die Niederlage abzuwenden⁵⁴. Seit Monatsbeginn gab es, angefacht durch Walter Rathenaus Artikel in der Vossischen Zeitung⁵⁵, eine breite Diskussion über eine *levée en masse*, auf die die Militärs trotz ihrer tiefen Überzeugung von der überragenden Bedeutung moralischer Faktoren in der Kriegsführung aber wahrscheinlich nicht viel gaben⁵⁶. Immerhin, falls die Moral der Truppe und im Volk der brennende Wunsch nach einem Sieg wiedererweckt werden konnte, dann würde vielleicht nicht gerade ein Sieg, aber doch wohl ein annehmbarer Waffenstillstand und Friede erreichbar sein.

Ludendorff und Scheer konnten noch auf andere wichtige Auswirkungen dieses letzten Gefechts der Flotte hoffen. Wenn schon jeder Matrose erkannte, daß der Flottenvorstoß den Bemühungen der Regierung um einen Waffenstillstand zuwiderliefe und die Existenz der Regierung selbst gefährdete⁵⁷, müssen Scheer und Luden-

⁵² Warum sollte Ludendorff sich eigens versichert haben, daß Hindenburg mit ihm gemeinsam zurücktreten werde, wenn er nicht wieder einmal die Absicht gehabt hätte, seine Auffassung mit der Rücktrittsdrohung durchzusetzen, wie er es während des Krieges so oft getan hatte? Zweifellos war er hinterher deshalb so verärgert über Hindenburg, weil sein Versuch fehlgeschlagen war. Vgl. Wolfgang Foerster, *Der Feldherr Ludendorff im Unglück. Eine Studie über seine seelische Haltung in der Endphase des ersten Weltkrieges*, Wiesbaden 1952, S. 126; Kaehler, *Untersuchungen*, S. 277; Deist (Hrsg.), *Militär und Innenpolitik*, Bd. II, S. 1343, Anm. 19.

⁵³ Siehe Deist (Hrsg.), *Militär und Innenpolitik*, Bd. II, S. 1342, Dok. 496; vgl., mit der weniger überzeugenden Version, auch Matthias/Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max*, Dok. 95.

⁵⁴ Deist, *Rebellion*, S. 358; Weizsäcker-Tagebuch, 22. Oktober 1918; WP, S. 306.

⁵⁵ Rathenaus Artikel erschien in der Vossischen Zeitung vom 7. Oktober und ist nachgedruckt in: Arnold Hartung u. a. (Hrsg.), *Walter Rathenau. Schriften*, Berlin 1965, S. 296f. („Ein dunkler Tag“); Michaelis/Schraepler (Hrsg.), *Ursachen und Folgen*, Bd. 2, S. 381, Dok. 403.

⁵⁶ Vgl. Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen*, Berlin 1919, S. 513, S. 516, S. 553, S. 565, S. 582, S. 587, S. 591 ff., S. 595 f., S. 602, S. 607; Kaehler, *Untersuchungen*, S. 267; Prinz Max von Baden, *Erinnerungen*, S. 543; Ernst Jäckh, *Der Goldene Pflug*, Stuttgart 1954, S. 445, Brief an Prinz Friedrich Karl von Hessen, 27. Oktober 1918; Matthias/Morsey (Hrsg.), *Die Regierung des Prinzen Max*, Dok. 100, S. 400–S. 409.

⁵⁷ Weizsäcker-Tagebuch, 2. November 1918; WP, S. 313; Kutscher, *Admiralsrebellion*, S. 55, S. 57, S. 61, S. 75 ff.; Wilhelm Dittmann, *Die Marine-Justiz-Morde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918*, Berlin 1926, S. 94 ff.; Heinrich Neu, *Die revolutionäre Bewegung auf der deutschen Flotte 1917–1918*, Stuttgart 1930, S. 59 ff.; Deist, *Rebellion*, S. 362 ff.

dorff erst recht so gedacht haben. Das Unternehmen hatten sie sicher deshalb vor der Regierung geheimgehalten, weil sie erwarteten, daß es den Abbruch der Verhandlungen provozieren werde; außerdem würde die eigens dafür gebildete Regierung gestürzt werden oder zurücktreten. Die Militärs, Armee und Marine, verabscheuten diese Regierung auch wegen der zahlreichen im Oktober durchgeführten Reformen mehr und mehr. So hatte ihr Verlangen, sie stürzen zu sehen, auch eine innenpolitische Komponente. Der Fall des Kabinetts des Prinzen Max würde den Auftakt zur Formierung einer neuen, entschlosseneren Regierung geben, vielleicht sogar zu einer Diktatur, die die Reformen rückgängig machen und die aufgerüttelte Nation und Armee mit wiedererlangter brutaler Rücksichtslosigkeit in den Krieg führen würde.

Sah schon damals jemand den Flottenvorstoß in solchem Licht? Ein Brief Weizsäcker an Trotha vom 25. Oktober muß als Warnung vor einer Konterrevolution, impliziert auch als Warnung vor Durchführung des Flottenvorstoßes ohne Unterrichtung der Regierung, verstanden werden. Daß diese Absicht bestand, hatte er als Zeuge der Unterredung zwischen Scheer und Ludendorff am 22. Oktober erfahren. Bei dieser Gelegenheit hatte von Weizsäcker sich sehr kritisch über die Absicht, die Regierung nicht zu informieren, geäußert. Und über Scheers Erklärung, sein Kopf würde rollen, wenn das Unternehmen fehlschläge, spottete er nur. „Der Kopf von Adm. Scheer nützt dem Vaterland aber nichts“⁵⁸, schrieb von Weizsäcker. Drei Tage später gab Weizsäcker in einem Brief an seinen Mentor Trotha der Überzeugung Ausdruck, daß die dem alten Regime verbundenen Offiziere eine neue Art von Disziplin akzeptieren und in der Politik Zurückhaltung üben sollten. Er unterstellte, daß im Rahmen von Deutschlands neuem Regierungssystem sogar dann „nationale“ Ziele verfolgt würden, wenn sich die Führung aus Parteien der Linken rekrutiere. Die Offiziere sollten sich doch vor Augen halten, daß in Frankreich nationale, ja selbst chauvinistische Regierungen von der Linken geführt worden seien. Das alte Offizierkorps könnte es sich nicht leisten, eine solche neue Regierung in Deutschland abzulehnen⁵⁹. Der Brief war mithin eine verschleierte Warnung vor Illoyalitäten der Regierung gegenüber, vor konterrevolutionären Unternehmungen und vielleicht sogar eine Warnung vor dem Flottenvorstoß. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang der Eintragung in Weizäckers Tagebuch vom 28. Oktober, in der er die Aussichten des Vorstoßes taxierte, sagte, daß seiner Meinung nach die Regierung davon informiert werden müsse, und wo er meinte, dies zu unterlassen, laufe auf denselben Fehler hinaus, den die Militärs vier Jahre hindurch begangen hätten – auf den Kardinalfehler nämlich, sich in die Politik zu mischen und die Bestrebungen der zivilen Regierung zu untergraben. Daß seine Warnung wenig Eindruck hinterließ, geht klar aus der Tatsache hervor, daß Weizsäcker noch Anfang November, nach-

⁵⁸ Weizsäcker-Tagebuch, 28. Oktober 1918; WP, S. 309.

⁵⁹ Brief Weizäckers an Trotha vom 25. Oktober 1918; WP, S. 307 f. Ein Entwurf dieses Briefes befindet sich in Weizäckers Papieren, der abgesandte Brief liegt in den Papieren Trothas im Niedersächsischen Landesarchiv in Bückeburg.

dem Meuterei die Flotte am Auslaufen gehindert hatte, eine gefährliche „Militärfraktion“ entdeckte, die der Regierung entgegenarbeitete. Am 2. November riet er Scheer und Levetzow dringend davon ab, sich in die Bestrebungen der Regierung hinsichtlich der Abdankung des Kaisers einzumischen⁶⁰. Am 3. November sah er es als entscheidend wichtig an, einen Bruch zwischen „Militärfraktion“ und Regierung zu verhindern. Wenn die Regierung die Abdankung des Kaisers verlange, müßten die Militärs so einsichtig und vernünftig sein, dies, um damit die Ausrufung der Republik zu verhindern, zuzugestehen. Danke der Kaiser ab, könne die Monarchie dennoch erhalten bleiben; das sei fraglos wichtiger als an der Person Wilhelms II. festzuhalten⁶¹.

Offenkundig existierte die „Militärfraktion“ auch nach dem Rücktritt Ludendorffs noch, und Weizsäcker fürchtete, daß sie den Versuch machen könnte, die Abdankung des Kaisers zu verhindern. Wie das hätte geschehen können? Die Verwendung des Wortes „Fronde“ läßt einen Putsch vermuten, aber mehr als diese Vermutung können wir leider nicht vorweisen. Die genauen Absichten solcher potentiellen Frondeure wie Scheer und Levetzow Anfang November ist aber weniger bedeutsam als die Tatsache, daß zu so einem späten Zeitpunkt eine derartige Gruppe überhaupt noch existierte und bereit schien, die Regierung unter Beschuß zu nehmen, ihr entgegenzuarbeiten oder sie zu stürzen. Obgleich von Weizsäcker am 29. September zu dem optimistischen Schluß gekommen war, daß das Militär die Einmischung in die Politik endlich aufgegeben habe und das parlamentarisch abgestützte Kabinett des Prinzen Max regieren lassen würde, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Militärs den ganzen Oktober in die Angelegenheiten der Regierung eingriffen. Folglich waren Hindenburgs und Ludendorffs Armeebefehl, ihre Reise nach Berlin und die Rücktrittsgesuche sowie die Planung des Flottenvorstoßes Ende Oktober die ersten Ansätze zur Konterrevolution. Zu ihnen sollten sich, besonders mit dem denkwürdigen Kapp-Putsch 1920 und dem Putschversuch von 1923, weitere gesellen.

Doch unsere Deutung der Ereignisse geht darüber noch hinaus. Der Marine war im Laufe der vorangegangenen vier Jahre wiederholt bedeutet worden, daß die Flotte geschont werde, um in einer Entscheidungsschlacht gegen Ende des Krieges ihr ganzes Gewicht zur Geltung zu bringen. Das ist wahrscheinlich die unausgesprochene Prämisse des Flottenvorstoßes gewesen. Die Deutung von Deist betont den Gesichtspunkt der Ehre zu stark, Horn überbewertet das Selbstmordmotiv. Der Gedanke an eine „Zukunftflotte“ scheint nicht mehr als eine wichtige Nebüberlegung gewesen zu sein. Die militärischen Möglichkeiten der Flotte, so wie sie damals von den deutschen Offizieren eingeschätzt wurden (auch wenn wir der Ansicht sind, sie hätten sich damals stark geirrt), sind bisher nicht ausreichend in Betracht gezogen worden. Vor allem aber sollten wir die politische Absicht des Flottenvorstoßes stärker in Zusammenhang mit den Bestrebungen Hindenburgs und

⁶⁰ Weizsäcker-Tagebuch, 2. November 1918; WP, S. 313.

⁶¹ Ebenda, 3. November 1918; WP, S. 313 f.

Ludendorffs sehen. Die Seekriegsleitung und die Oberste Heeresleitung wollten den Verhandlungen zweifellos ein Ende setzen. Sehr wahrscheinlich wollten sie – unter einer neuen Regierung – auch die Wiederaufnahme des Krieges erreichen, um so bessere Waffenstillstandsbedingungen als die zu erlangen, die sich nach Präsident Wilsons dritter Note abzeichneten.